Eupen, den 24. Juni 2010

Plenarsitzung vom 28.06.2010
Fragestunde

Frage an Herrn Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

Betreff: Geldmittel für ein Sozialabkommen im nichtkommerziellen Bereich

---

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Über 10.000 Beschäftigte des nichtkommerziellen Sektors haben am 8. Juni an einer nationalen Großdemo in Brüssel teilgenommen. Dazu hatten die Gewerkschaften CSC, FGTB und CGSLB in einer Gemeinschaftsfront aufgerufen.
Mit Nachdruck wollten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch einmal auf ihre wichtigsten Forderungen hinweisen: eine Refinanzierung des nicht-kommerziellen Sektors, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
Als Reaktion auf diese Demo haben die Regierungen der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und der COCOF Mittel in Höhe von insgesamt 9,65 Mio Euro freigemacht. Hiermit sollen die Sozialabkommen mit dem nicht-kommerziellen Bereich finanziert werden.
Auch in der DG laufen zur Zeit Verhandlungen, die zu einem Sozialabkommen für den nicht-kommerziellen Bereich führen sollen.
Sie Herr Ministerpräsident haben bisher immer wieder darauf hingewiesen, dass weder in 2010 noch in 2011 Mittel für ein solches Sozialabkommen freigemacht werden könnten.
Da jedoch sowohl in der Französischen Gemeinschaft als auch in der Wallonischen Region bereits in diesem Jahr je 4,5 Mio Euro insbesondere für eine Harmonisierung der Lohntabellen vorgesehen sind, würde eine Nullrunde bei den Sozialverhandlungen in der DG sowohl für 2010 als auch für 2011 zu einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im nicht-kommerziellen Bereich im Vergleich zum Landesinnern führen.

Deshalb meine Fragen an Sie, Herr Ministerpräsident:

Hat die Regierung der DG für den Abschluss eines Sozialabkommens Geldmittel bereitgestellt?
Wenn ja, welche Beträge sind hierfür in 2010 und in 2011 vorgesehen?
Gibt es zwischen den verschiedenen Gliedstaaten eine Konzertierung, um eine allgemeine Harmonisierung der Arbeitsbedingungen im nichtkommerziellen Sektor anzustreben? Wenn nein, würden Sie eine solche Initiative gegebenenfalls unterstützen bzw. initiieren?

Karl-Heinz Braun
Gemeinschaftsabgeordneter